



ZU HOHE FAMILIENZULAGE SCHWÄCHT AARGAUER UNTERNEHMEN



Das Gewerbe betrachtet eine moderate Erhöhung der Familienzulage als gerechtfertigt, warnt jedoch gleichzeitig vor den Folgen für die Wirtschaft.

Der Grosse Rat debattiert über höhere Familienzulagen. Eine moderate Anhebung ist gerechtfertigt. Der aktuelle Vorschlag ist aber zu teuer. Er belastet die Aargauer KMU und schwächt damit unsere Wirtschaft.

Die Ausgangslage ist klar: Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, die Familienzulagen moderat um 10 Franken pro Kind zu erhöhen. Bis anhin erhält man pro Kind bis zum 16. Lebensjahr 200 Franken. Der Grosse Rat hat am 25. Juni dieses Jahres in erster Lesung über dieses Geschäft beraten. Dann war es vorbei mit der Klarheit: Es wurden

allerlei Erhöhungsanträge gestellt, die weit über den Antrag des Regierungsrats hinausgingen. Die SP verlangte einen massiven Ausbau, nämlich mindestens 275 Franken. Die Mitte-Partei wollte 25 Franken mehr. Nach mehreren Abstimmungen obsiegte schliesslich knapp der Mitte-Vorschlag. Hinzu kommt aber noch der Teuerungsausgleich, sodass die Kinderzulage neu rund 235 Franken betragen würde, die Ausbildungszulage gegen 300 Franken.

Hohe Mehrkosten für Unternehmen

Die Mehrkosten sind beträchtlich. Die Variante der SP würde die Aargauer Unternehmen etwa 113 Millionen Franken mehr kosten, und das jähr-

lich wiederkehrend. Doch auch die derzeit auf dem Tisch liegende Erhöhung belastet unser Gewerbe massiv: knapp 40 Millionen Franken.

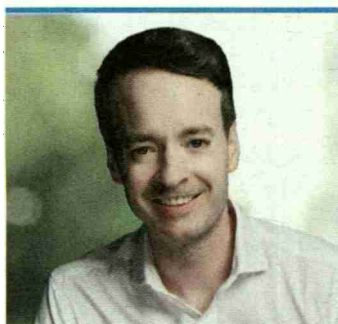
Die Parteien und Organisationen, die für einen starken Wirtschaftsstandort Aargau eintreten, lehnen diese massive Erhöhung ab, darunter der Aargauische Gewerbeverband (AGV), die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) und die bürgerlichen Parteien FDP und SVP.

Um klare Fakten für einen so weitreichenden Entscheid zu erhalten, habe ich im Grosse Rat einen Prüfungsantrag gestellt, der angenommen wurde. Der Regierungsrat wird nun darlegen, welche Auswirkungen eine Erhöhung der Familienzulagen um 10, 25 oder 40 Franken für die Aargauer Wirtschaft hat. Zudem muss die Regierung aufzeigen, wie sich das konkret auf die AHV-pflichtige Lohnsumme der Unternehmen auswirkt. Einen Vorgeschmack darauf, wohin die Reise gehen könnte, gab Priska Rahm-Bhend, Leiterin der Kantonalen Ausgleichskasse, in einem Referat vor der interfraktionellen Gewerbegruppe, die ich präsidiere: «Eine Erhöhung der Familienzulagen kann je nach Kasse und Betrag erhebliche Auswirkungen auf den finanziellen Spielraum eines Unternehmens haben.»

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen. KMU-Unternehmer Fabian



Käufeler aus Wettingen sagt: «Für unsere Unternehmung mit rund 60 Mitarbeitern bedeutet die geplante Erhöhung der Familienzulagen von derzeit 200 auf neu 225 Franken jährlich zusätzliche Kosten von 9000 bis 12 000 Franken. Das ist Geld, das dann zum Beispiel nicht in Weiterbildungen investiert werden kann.» Die Unternehmen würden also weiter belastet – und das in Zeiten steigender Kosten, steigender Strompreise, steigender Aufwände für die Bürokratie. Die höheren Nebenlohnkosten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit und könnten die Schaffung von Arbeitsplätzen gefährden. Ausserdem werden die Familienzulagen nach dem ineffizienten Giesskannenprinzip ausgeschüttet. Wenn man etwas für Familien tun will, sollte man massgeschneiderte Massnahmen ergreifen, die wirklich denen zugutekommen, die es nötig haben. Bleibt zu hoffen, dass nach dem Vorliegen des regierungsrätlichen Prüfberichts im Grosse Rat Vernunft bei allen bürgerlichen Parteien einkehrt: Ja zu einer moderaten Erhöhung, Nein zu einer unverantwortlichen Schädigung der Unternehmen.



Dr. Adrian Schoop
Obmann Gewerbegruppe
Grosser Rat AGV, Grossrat FDP
und Unternehmer